



Eine Erfolgsgeschichte

ekom21 GmbH besteht seit 15 Jahren

Bürgerfreundliche Verwaltung in Neu-Isenburg

Digitale Bürgerdienste eingeführt

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder geht ein Jahr zu Ende. Die Zeit „rast“ förmlich dahin. Zurückblickend können wir sagen, dass 2017 ein durchaus erfolgreiches Jahr für die ekom21 war. Diesen Erfolg möchten wir wieder mit Menschen teilen, denen es nicht so gut geht und deshalb haben wir, wie in jedem Jahr, auf Weihnachtsgeschenke für unsere Kunden verzichtet und den Betrag gespendet.

Diesmal unterstützen wir die Clowndoktoren bei ihrer Arbeit in Gießen. Der Verein erreicht bei mehr als 2.000 Visiten jährlich ca. 50.000 kranke Kinder in Krankenhäusern und hunderte von Senioren in Altenheimen im ganzen Rhein-Main-Gebiet. Die Clowndoktoren zaubern mit ihren Besuchen ein Lächeln auf die Gesichter der kleinen Patienten und der Senioren (mehr dazu lesen Sie in dieser Ausgabe).

Nicht zuletzt Ihnen ist es zu verdanken, dass wir solche humanitäre Projekte immer wieder unterstützen können. Für diese erfolgreiche Zusammenarbeit und Ihr Vertrauen bedanken wir uns recht herzlich bei Ihnen und freuen uns eine Fortsetzung im kommenden Jahr.

Im Namen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, des Vorstandes und des Aufsichtsrates wünschen wir Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch sowie viel Gesundheit und Erfolg im Jahr 2018.



Ihr
Bertram
Huke



Ihr
Ulrich
Künkel

Bertram Huke *Ulrich Künkel*

Eine Erfolgsgeschichte	4
<i>Von Stefan Thomas</i>	
Bürgerfreundliche Verwaltung in Neu-Isenburg	8
<i>Aus einer Pressemitteilung der Stadt Neu-Isenburg</i>	
Die neue Einfachheit	12
<i>Von Stefan Thomas</i>	
Europäische DS-GVO: Aktiv werden	16
<i>Von Stefan Thomas</i>	
Ihr kostenloser Jahresplaner	20
.....	
Effizienz und Sicherheit in Frankenu	22
<i>Von Helmut Best</i>	
Es gibt noch eine ganze Menge an Ideen	26
<i>Interview mit Bürgermeister Thomas Fehling</i>	
Nicht lamentieren, kooperieren!	30
<i>Von Stefan Thomas</i>	
YouTube für Kommunen und Unternehmen	34
<i>Von Michael Schober, Softplan Informatik GmbH</i>	
Ein Lachen verschenken	37
<i>Von Stefan Thomas</i>	
9. Datenschutztag mit über 200 Teilnehmern	38
<i>Von Sven Käs</i>	



Das Durchschneiden des Bandes übernahmen Bürgermeister Gerhard Schultheiß (Vorsitzender Verbandsvorstand), Gerhard Veit (ehemaliger Direktor der KIV in Hessen), MdB Oswin Veith (Aufsichtsratsvorsitzender der ekom21 GmbH), Bertram Hilgen (Oberbürgermeister a.D. und ehemaliger Direktor KGRZ Kassel), Bürgermeister a.D. Harald Plünnecke (Vorsitzender Verbandsversammlung), Ex-Landrat Jürgen Hasheider (stv. Vorstandsvorsitzender KGRZ Kassel) und ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke

Eine Erfolgsgeschichte

ekom21 GmbH besteht seit 15 Jahren

Von Stefan Thomas

Zwei gute Gründe zum Feiern hatte kürzlich die ekom21 an ihrem Unternehmenssitz in Gießen: Das 15-jährige Bestehen der ekom21 GmbH sowie den Abschluss von weitreichenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Standort.

Turbulenter Wandel

ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke begrüßte die rund 50 Gäste; vornehmlich Mitglieder der Gremien, aber auch ehemalige Mitarbeiter der ekom21, die den Wandel maßgeblich mitgestaltet

haben, sowie amtierende Unternehmensbereichsleiterinnen und -Leiter. Mit dabei waren auch die ehemaligen Direktoren Gerhard Veit und Bertram Hilgen.

In seiner Eröffnungsrede wies Huke auf den turbulenten Wandel in der kommunalen IT-Branche hin, der die Gründung der ekom21 zur Folge hatte: Streichung der Landeszuweisung, Konkurrenzkampf im freien Markt, immer kürzer werdende Technologiesprünge, Konsolidierungen

in der IT-Branche sowie die Auflösung des ehemaligen KGRZ Wiesbaden waren nur einige der angesprochenen Themen. Eine Erfolgsgeschichte nannte der Geschäftsführer die Entwicklung der ekom21, die bis heute fort dauert.

Auch der zweite Grund für den Festakt, die abgeschlossenen Baumaßnahmen, waren Teil seiner Rede. So zeigte Huke mit Bildern von früher und heute auf, welche tiefgreifenden Veränderungen sich vollzogen haben und entführte die Gäste damit auf eine Zeitreise der baulichen Entwicklung des Unternehmenssitzes von 2010 bis 2017.

Erinnerungen

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister a.D. und früherer Direktor des KGRZ Kassel, erinnerte an die Anfangszeit der ekom21 und sprach auch im Namen von Gerhard Veit, dem ehemaligen Direktor der Kommunalen Informationsverarbeitung in Hessen (KIV), dem Zusammenschluss der KGRZ Starkenburg (Darmstadt), Frankfurt am Main und Gießen.

Damals hatten sich die KIV und das KGRZ Kassel zum Unternehmensverbund KGRZ/ekom21 GmbH zusammengeschlossen und gemeinsam das Tochterunternehmen ekom21 GmbH gegründet, um den Anforderungen des Marktes zubegegnen.

Insbesondere hob Hilgen die Zusammenarbeit mit den früheren Beteiligten aus Verbandsversammlungen, Finanzausschuss und Vorständen hervor. Es sei nicht immer leicht gewesen, resümierte der ehemalige Direktor und Ex-Oberbürgermeister. Aber die Fusion hätte dem hessischen kommunalen IT-Markt die notwendige Sicherheit gegeben, handlungsfähig zu bleiben. „Die ekom21 war der Rettungsanker der hessischen Kommunen“, stellte Hilgen fest.

Zukunftsblick

Dem Ausflug in die Vergangenheit folgte ein Blick in die Zukunft. Mit seinem Vortrag „eGovernment 4.0 – Digitalisierungsstrategie für Ihre Verwaltung“ zeigte Dr. Ralf-Rainer Piesold (Leiter der Stabstelle Digitale Infrastruktur und E-Government bei der Stadt Hanau) die Möglichkeiten neuer Technologien in der Verwaltungsbearbeitung auf. Eines immer vorausgesetzt: „Die Kommunen müssen Digitalisierung wollen“, mahnte der Dozent an der Fachhochschule Frankfurt.

Piesold hob die Wichtigkeit von funktionierendem eGovernment für mehr Bürgerservice hervor und machte dies an zahlreichen Beispielen deutlich. Zu den Entwicklungen der ekom21 in diesem Bereich konstatierte er: „Da zeigt es sich, dass civento der richtige Weg ist“.

Abschließend sagte Piesold: „Ich hoffe, dass die ekom21 die Zukunft mitgestaltet – und das glaube ich auch!“.

Offenes Visier

Das Schlusswort blieb dem Aufsichtsratsvorsitzenden der ekom21 GmbH, Oswin Veith (MdB), vorbehalten.

Humorvoll und eloquent „raste“ Veith durch die Jahrzehnte der ekom21-Geschichte und gab manche Anekdote aus früheren Tagen zum Besten. Augenzwinkernd, aber immer mit viel Respekt, zeichnete Veith die schwierigen Gründungsverhandlungen der KGRZ nach.

Dabei sprach der Bundestagsabgeordnete auch die Ängste und Zweifel an, die bei der Zusammenlegung von KIV in Hessen und KGRZ Kassel auftraten. „Irgendwann war uns aber klar: Es gibt nur noch den Weg nach vorne“, beschrieb Veith die damalige Situation. Der Erfolg habe

den Machern von damals Recht gegeben, wie der Aufsichtsratsvorsitzende feststellte: „Die ekom21 ist eine der größten IT-Institutionen bundesweit, die wirklich funktioniert“.

Veith dankte allen Beteiligten von damals – und auch heute: Den Mitgliedern der Gremien, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den „alten und neuen“ Geschäftsführern.

Stellvertretend waren Bürgermeister a.D. Harald Plünnecke (Vorsitzender Verbandsversammlung), Bürgermeister Gerhard Schultheiß (Vorsitzender Verbandsvorstand), Ex-Landrat Jürgen Hasheider (stv. Vorstandsvorsitzender KGRZ Kassel), Gerhard Veit (ehemaliger Direktor der KIV in Hessen)

ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke bei seiner Eröffnungsrede



und Oberbürgermeister a.D. Bertram Hilgen (ehemaliger Direktor KGRZ Kassel) im Publikum.

Abschließend appellierte Veith, den eingeschlagenen, erfolgreichen Weg weiterzugehen – so, wie man ihn damals begonnen habe und so, wie es bis heute üblich sei: „Immer offen, sauber, kollegial – mit offenem Visier“.

Umfangreiche Baumaßnahmen

Der anschließende Rundgang durch den Unternehmenssitz in Gießen machte den Gästen deutlich, welche umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

Bertram Hilgen (Oberbürgermeister a.D. und ehemaliger Direktor KGRZ Kassel)



So zum Beispiel:

- Erneuerung der USV-Anlagen und Aufbau einer zweiten neuen USV-Anlage zur Sicherstellung der Redundanz
- Errichtung eines Tagungszentrums mit multifunktionalen Möglichkeiten
- Aufbau einer Netzersatzanlage und Erneuerung der Niederspannungshauptverteilung
- Brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes
- Erneuerung der Kälteanlagen zur Sicherstellung der redundanten Kühlwasserversorgung im Rechenzentrum
- Aufrüstung der Blitzschutzanlage nach aktueller Blitzschutzklasse

- Modernisierung der Sanitärräume
- Erneuerung der Rauch-, Wärmeabzugs- sowie der Einbruchmeldeanlage
- Sanierung der Besprechungsräume und Videokonferenzsysteme
- Behindertengerechte Parkplätze und Zugänge
- Erneuerung des Aufzuges
- Sanierung des Schulungszentrums
- Umbau der Trinkwasserleitungen
- Neugestaltung der Außenanlage.

Mit diesem Rundgang endete die kleine Feierstunde und alle Gäste waren sich beim anschließenden Zusammensein einig: Die Erfolgsgeschichte der ekom21 ist noch lange nicht vorüber.

Über eGovernment 4.0 sprach Dr. Ralf-Rainer Piesold



Humorvoll und eloquent: Oswin Veith (MdB)



„Die moderne Verwaltung steht vor der Herausforderung, eine effiziente und innovative Digitalisierung zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert.“

Bürgermeister Herbert Hunkel

Bürgerfreundliche Verwaltung in Neu-Isenburg

Digitale Bürgerdienste eingeführt

Aus einer Pressemitteilung der Stadt Neu-Isenburg

Ab dem 1. November 2017 werden einzelne Leistungen der öffentlichen Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neu-Isenburg auch digital verfügbar sein. Auf einen Klick können künftig Bewohnerparkausweise beantragt werden, Strafzettel online bezahlt werden, Gewerbe angemeldet oder Zahlungen online getätigt werden – und das rund um die Uhr.

Service für Bürgernähe

„Die moderne Verwaltung steht vor der Herausforderung, eine effiziente und innovative Digitalisierung zu entwickeln, die sich an den Bedürf-

nissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert. Seit 2003 gibt es in Neu-Isenburg das Modul „WebKita“, das Eltern die Möglichkeit bietet, Kinder über das Internet für einen Betreuungsplatz vorzumerken. Mit dem neuen Online-Portal haben wir einen weiteren Meilenstein umgesetzt, um den Bürgerinnen und Bürgern einen zusätzlichen schnellen und bürgerfreundlichen Service anzubieten. Weitere Onlineprozesse werden sukzessive eingeführt“, berichten Bürgermeister Herbert Hunkel, Erster Stadtrat Stefan Schmitt und Andreas Frache, Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Neu-Isenburg.



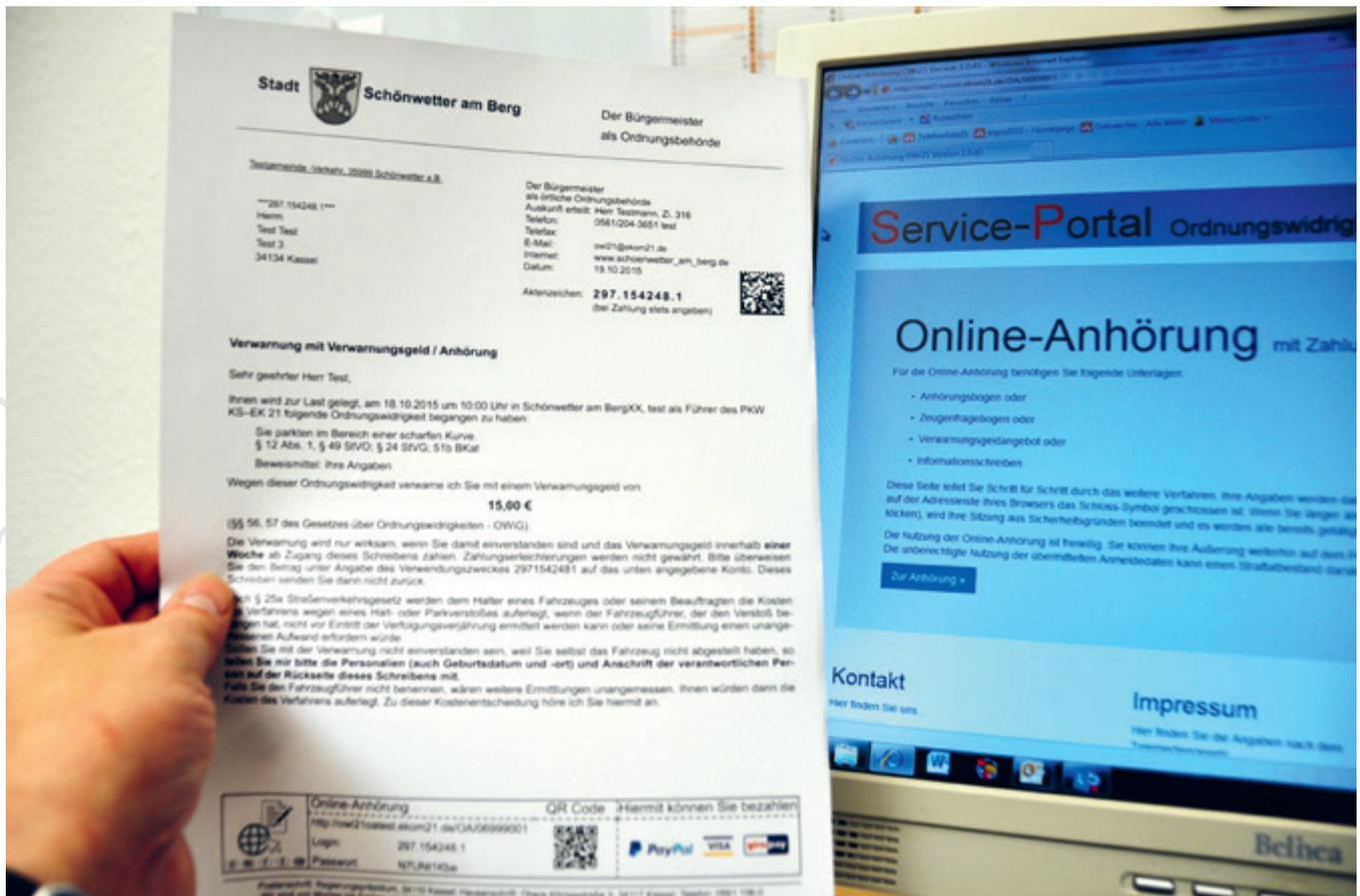
Präsentation der neuen Bürgerdienste (v.l.n.r.): Bürgermeister Herbert Hunkel, Erster Stadtrat Stefan Schmitt, Dzenana Sabic und Andreas Frache (alle Stadt Neu-Isenburg) sowie Sven Herbert und Hubert Kick (beide ekom21)

Umgesetzt wurden die Softwarelösungen wie Bewohnerparken und OWI-Online mit der ekom21, dem größten kommunalen IT-Dienstleister in Hessen.

Unter der Rubrik Online-Service auf der Internetseite der Stadt Neu-Isenburg unter www.neu-isenburg.de sind alle verfügbaren Leistungen abrufbar. Folgende Dienste können ab dem 1. November auch digital genutzt werden:

Bewohnerparkausweis – medienbruchfrei beantragen

Die Bürgerinnen und Bürger können ihren Bewohnerparkausweis online beantragen oder verlängern und bequem online bezahlen. Nach der Onlinezahlung wird der Bewohnerparkausweis gleich zu Hause (Print-at-home-Funktion) ausgedruckt. Im Anschluss an die Beantragung erhalten die Bürger den Link zu ihrem Bewohnerparkausweis. Der Bewohnerparkausweis ist nicht mehr grün und kann auf jedem handelsüblichen Drucker auf Papier ausgedruckt werden. Der Ausdruck beinhaltet verschiedene



Die Online-Anhörung von owi21 schafft Effizienz.

Sicherheitsmerkmale, um die Kontrollen des Ordnungsamtes zu erleichtern und den Ausweis nahezu fälschungssicher zu machen. Im Hintergrund erfolgen die Datenprüfung über die Schnittstellen Einwohnermeldeamt und zur Zulassungsstelle, ob der Antragsteller an der angegebenen Anschrift wohnhaft ist und ob er Fahrzeughalter ist.

„Strafzettel“ online bezahlen – OWI Online

Strafzettel von Zuhause oder unterwegs online bezahlen. Und das rund um die Uhr. Zudem können Stellungnahmen online abgegeben und die Fotos von den Geschwindigkeitsübertretungen eingesehen werden. Durch die owi21-Online-Anhörung entfällt die manuelle

Datenerfassung für die Mitarbeiterinnen und sorgt für eine papierlose Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten. Die Bußgeldbescheide selbst werden weiterhin per Post verschickt und enthalten einen QR-Code mit Logindaten und Passwort. Falls der QR-Code vom Bescheid nicht genutzt wird, können die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Logindaten auf der Internetseite der Stadt Neu-Isenburg den Strafzettel online bezahlen.

Online Bezahlmöglichkeit - EPayment

Mit EPayment werden verschiedene Möglichkeiten der Bezahlung angeboten: Online kann per Girosolution (Weiterleitung auf eigenes Onlinebanking), Online-Überweisung, paydirekt und PayPal bezahlt werden. Diese elektronischen

Bezahlverfahren sind unkompliziert und der Weg zur Bank entfällt. Die zuständige Behörde wird automatisch über den Eingang des Betrags informiert. Die Daten müssen nicht mehr händisch eingegeben werden, außerdem werden die elektronischen Zahlungen automatisiert zugeordnet.

eMeldung

Für Gewerbetreibende besteht ab dem 1. November 2017 die Möglichkeit, ihre Gewerbemeldun-

gen direkt im Internet zu erfassen. Durch das Meldeformular wird der Gewerbetreibende über einzelne Erfassungsmasken geleitet und abgefragt. Die erforderliche Anzahl aller Meldeformulare und Beiblätter wird automatisch erzeugt und als PDF zum Download bereitgestellt. Im Hintergrund werden die Daten automatisch ohne Medienbruch direkt an den Sachbearbeiter geleitet. Die Gewerbemeldung kann sofort am nächsten Tag zu den Sprechzeiten im Rathaus gegen Entrichtung der Gebühr abgeholt werden.

Über civento

Umgesetzt wurden die neuen Bürgerdienste in Neu-Isenburg mit civento.

civento ist eine erweiterbare Prozessplattform mit vollständigem Dokumentenmanagementsystem und Zahlungssystemintegration für die Bearbeitung individueller Prozesse vom Antrag bis zur Archivierung. civento bietet die Möglichkeit, vielfältige Verwaltungsprozesse zu definieren und ablaufen zu lassen. Zum Beispiel typische Antragsprozesse, die durch Bürger/-innen initiiert werden, aber auch verwaltungsinterne Prozesse.

Bürger-Service

Sie realisieren den vereinfachten Zugang zu Verwaltungsleistungen und eine höhere Verfügbarkeit der Verwaltung für den Bürger. Gleichzeitig werden Reaktionszeiten verkürzt.

Effizienz

Sie nutzen neue Möglichkeiten der Analyse, Optimierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen. Fachgerechte Hilfsmittel unterstützen Sachbearbeiter/-innen bei wiederkehrenden Aufgaben.

Transparenz

Sie profitieren von einer genauen Kenntnis Ihrer Prozesse. Sie behalten stets die Übersicht über alle aktuellen Vorgänge, sowohl interne als auch externe.

Weitere Informationen unter:
www.ekom21.de/civento

„Wir nutzen Verwaltungsinnovationen und setzen neueste Technologien ein, um den Bürgerservice kontinuierlich zu verbessern.“

Martina Fuchs, Amtsleiterin Bürgerbüro

Die neue Einfachheit

Bürgerbüro Offenbach arbeitet (fast) papierlos

Von Stefan Thomas

Bis zu 20 Prozent weniger Zeitaufwand! So viel Zeit spart das Bürgerbüro Offenbach seit August bei der Vorgangsbearbeitung im Pass- und Meldewesen. Sachbearbeiter und Bürger freuen sich, zugleich sinken die Kosten. Wie ist das möglich? Der Schlüssel ist die neu eingeführte emeld21-eAkte.

Aufgeschlossen

Besonders ist das Bürgerbüro der Stadt Offenbach schon seit seiner Gründung im Jahre 2000. Das liegt einerseits an seiner Struktur, denn das als Amt organisierte Bürgerbüro bündelt Pass- und Meldewesen, Führerschein- und Zulassungsbehörde in einer Einheit. Andererseits ist man hier besonders innovationsfreudig. „Wir nutzen

Verwaltungsinnovationen und setzen neueste Technologien ein, um den Bürgerservice kontinuierlich zu verbessern“, sagt Martina Fuchs, Amtsleiterin des Bürgerbüros. So auch mit der Einführung der emeld21-eAkte.

Wer umzieht, einen neuen Pass beantragt oder aus der Kirche austreten will, kennt das Vorgehen: Bevor Anträge bearbeitet werden können, sind Informationen zu lesen, Angaben zu bestätigen – etwa zur Staatsbürgerschaft – und Erklärungen zu unterschreiben. Früher druckten die Kundenberater im Bürgerbüro diese Unterlagen aus und händigten sie dem Kunden aus – bisweilen mehrere Seiten Papier. Nach Sichtung unterschrieb der Antragsteller. Jetzt musste



Mehr Zeit für den Bürger – die neue Offenbacher Einfachheit sorgt dafür

der unterschriebene Antrag aber wieder ins Pass- oder Meldearchiv zurück. Also scannte der Kundenberater die zuvor ausgedruckten Unterlagen wieder ein und legte sie digital ab. Ausdrücke mit personenbezogenen Angaben mussten zudem datenschutzrechtlich korrekt entsorgt werden. Insgesamt ein aufwändiger Weg, obwohl die Offenbacher schon in vielen Prozessen und seit langem Unterlagen elektronisch verarbeiten.

eAkte und Bürgermonitor

Mit der emeld21-eAkte ist alles anders geworden, denn jetzt lassen sich Medienbrüche im Pass- und Meldewesen vermeiden. Die eAkte ergänzt das eingesetzte Einwohnermelde-Verfahren der ekom21, emeld21: Statt Unterlagen und Erklä-

rungen auszudrucken, verfügen die Kundenberater jetzt über einen Bürgermonitor. Das ist ein robustes Tablet, auf dem Bürger die Unterlagen angezeigt bekommen. Wer schwächere Augen hat, kann die Größe der Dokumente übrigens einfach nach seinen Bedürfnissen anpassen. Doch der eigentliche Clou: Erklärungen oder Meldescheine lassen sich direkt auf dem Tablet rechtsgültig unterschreiben. Anschließend archiviert das Verfahren die Unterlagen. Der gesamte Vorgang wird automatisch gebündelt und im digitalen Archiv des Bürgerbüros abgelegt. Physisch befinden sich die Daten dann im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der ekom21, das wiederum über verschlüsselte Standleitungen mit dem Bürgerbüro verbunden ist. Kurzum,



eine Ummeldung, einen Passantrag oder einen Kirchengaustritt kann man in Offenbach komplett papierlos erledigen. Manchmal aber wünschen Bürger trotzdem einen Ausdruck. Diesen erhält man auf Wunsch – und somit arbeitet das Bürgerbüro auch nur fast papierlos.

Drucken und Scannen passé

„Kein Ausdrucken, kein Scannen, fast kein Papier“, freut sich Martina Fuchs und unterstreicht die Materialersparnis, denn alle Ausdrücke für Staatsangehörigkeitserklärungen, Meldescheine und so weiter entfallen ersatzlos. Durch das Signatur-Tablet spart ein Bürgerbüro in der Offenbacher Größenordnung etliche 10.000 Blatt im Jahr. Hinzu kommen – so die Amtsleiterin – auch reduzierte Kosten für die Logistik, denn ein Meldeschein mit Unterschrift gehört natürlich nicht in den regulären Papiermüll. Die Entsorgung mit dem Reißwolf muss gewährleistet sein.

„Noch nie so reibungslos“

Seit August ist die eAkte im produktiven Einsatz. Vorausgegangen war eine rund fünfwöchige Implementierungszeit, dann testete das Einführungsteam die emeld21-eAkte in abgeschotteter Betriebsumgebung. Als der Test bestanden war, folgte eine Mitarbeiterschulung mit allen Beratern im Bürgerbüro. „Anderthalb Stunden reichten, dann konnte das Team arbeiten. So reibungslos haben wir noch nie eine neue Lösung eingeführt“, sagt Martina Fuchs.

Neue Offenbacher Einfachheit

Die Kundenberater sind von der emeld21-eAkte begeistert. In den ersten Tagen sei man zwar noch irritiert gewesen. „Es ging alles so einfach und schnell. Haben wir nicht etwas vergessen?“, fragten sich Kundenberater anfangs einige Male. Aber mittlerweile ist die Lösung gesetzt und erleichtert die Arbeit in Offenbach deutlich:

Bis zu 20 Prozent Zeitersparnis hat Martina Fuchs ermittelt. Die neue Einfachheit bei der Vorgangsbearbeitung erhöht zudem den Arbeitskomfort, denn alle archivierten Bestandteile der eAkte sind aus emeld21 einsehbar. Der bisher übliche Programmwechsel zur elektronischen Archivierung entfällt und auch die Ordnerstruktur wurde vereinheitlicht, so dass Unterlagen wirklich nur noch einen Fingertipp entfernt sind.

Mehr Zeit für Bürger

„Einige Arbeitsschritte fallen weg oder werden durch die neue Technik deutlich weniger zeitaufwendig“, so Martina Fuchs. Neben dem größeren Bearbeitungskomfort für die Mitarbeiter werden die Zeiteinsparungen in zusätzliche Terminangebote für Kunden umgesetzt. „Wir werden beobachten, wie sich die Bearbeitungszeiten entwickeln und dann unser Terminangebot entsprechend anpassen“, sagt Martina Fuchs.

Offenbach ist die erste Großstadt in Hessen, die das Verfahren emeld21-eAkte der ekom21 einsetzt und damit wieder einmal innovationsfreudig vorgeht. Bürgermeister Peter Schneider freut es: „Das Bürgerbüro Offenbach geht den Weg zum modernen Dienstleister konsequent und mit Engagement. Dabei ist die papierlose Dienstleistung nicht Selbstzweck, sondern führt systematisch zur Verbesserung des Angebots für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das gesamte Team kann stolz auf das erreichte hohe Niveau sein“.

Profitieren auch Sie von der emeld21-eAkte! Fragen beantwortet Ihnen gerne das emeld21-Team. Schicken Sie einfach eine eMail an: emeld21@ekom21.de oder wenden Sie sich an Ihren Kommunalberater!

„Die Datenschutz-Grundverordnung ist eines der wichtigsten Reformprojekte der EU.“

Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

Europäische DS-GVO: Aktiv werden

Umsetzung bis 25. Mai 2018 erforderlich

Von Stefan Thomas

Im Mai 2018 ist es soweit: Die neuen Datenschutzvorschriften von EU und Bund sind verpflichtend anzuwenden. Bis dahin gibt es einiges zu tun, um nicht am Ende Schadensersatzzahlungen und andere Sanktionen zu riskieren. Unternehmen drohen künftig Bußgelder von bis zu 20 Millionen Euro. Was bedeutet die EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO) für Bürger, Kommunen und Behördenleitungen?

Alles neu macht der Mai?

Nach vierjährigen Verhandlungen haben Europäischer Rat und Europäisches Parlament im Frühjahr 2016 die EU Datenschutz-Grundverord-

nung verabschiedet. Ein Ziel ist die Modernisierung des Datenschutzes angesichts rasanter technischer Entwicklungen, wie autonomes Fahren, Datenbrillen, Cloud-Computing und eGovernment, vor allem aber auch die Vereinheitlichung in Europa. Denn die DS-GVO schafft einheitliches europäisches Datenschutzrecht und löst die EU Richtlinie 95/46/EG aus dem Jahr 1995 ab. Am 25.05.2018 ist es soweit: Dann endet die Übergangsfrist für die Umsetzung der neuen DS-GVO.

So neu die Verordnung auch ist, viele bereits gültige Grundsätze bleiben erhalten oder werden



fortgeschrieben. Andrea Voßhoff, Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), dazu: „Es ist erfreulich, dass die Prinzipien der Datensparsamkeit, der Angemessenheit und Erforderlichkeit, der Transparenz und Zweckbindung, der Gewährleistung der Datensicherheit sowie der unabhängigen Aufsicht und wirksamen Sanktionierung beibehalten oder gestärkt werden“.

Betroffenenrechte erweitert

Gleichzeitig führt die DS-GVO neue Regelungen ein, um Datenschutz-Bedenken zu begegnen und die Rechte der Betroffenen zu stärken. Hierzu

zählt etwa ein „Recht auf Vergessenwerden“, um den Schutz der Privatsphäre zu stärken. Mehr Transparenz soll zudem dafür sorgen, dass EU-Bürger einfach Zugang zu ihren eigenen Daten bekommen und wissen, wie ihre Daten verarbeitet werden. Diese Informationen müssen klar und verständlich sein – was bei dieser komplizierten Materie nicht sehr einfach sein wird. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit soll Bürgern erleichtern, personenbezogene Daten zwischen verschiedenen Anbietern auszutauschen.

Und schließlich formuliert der Gesetzgeber auch ein Recht zu erfahren, ob eigene Daten gehackt

wurden. Unternehmen und Organisationen müssen den nationalen Aufsichtsbehörden alle Datenschutzverstöße melden, durch die ein Risiko für den betroffenen Bürger entstanden ist. Zudem müssen Betroffene so rasch wie möglich über alle mit hohem Risiko behafteten Verstöße informiert werden, damit sie entsprechend reagieren können. Weitere Einzelregelungen – etwa die Verpflichtung zu datenschutzfreundlichen Voreinstellungen in sozialen Netzwerken oder Handy-Apps – stärken die Betroffenenrechte.

Was kommt auf Kommunen zu?

Und damit die Verordnung auch Anwendung findet, stärkt die DS-GVO die Aufsicht durch Datenschutzbehörden und sieht bei Verstößen empfindliche Geldstrafen vor. Alle Entscheidungsträger in Behörden und Kommunen sollten sich der Auswirkungen der DS-GVO für den alltäglichen Betrieb bewusst sein. Denn verstoßen sie oder ihre Rechenzentrumsbetreiber gegen die DS-GVO, etwa indem sie die strengen Erlaubnistatbestände für die Verarbeitung personenbezogener Daten missachten, drohen Sanktionen.

Und welcher Handlungsbedarf besteht jetzt auf Seiten der hessischen Kommunen, Unternehmen und Organisationen? In welchem Maße Behördenleitungen, Kommunen und angeschlossene Auftragsverarbeiter von der DS-GVO betroffen sind, sollten sie mittels einer formellen Bestandsaufnahme klären: Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet? Welche Prozesse nutzen wir dazu? Haben wir die dazugehörigen Rechtsgrundlagen – etwa die explizite Einverständniserklärung? Das sind einige der Ausgangsfragen, um im ersten Schritt den Ist-Zustand zu ermitteln.

Soll-Zustand

Im nächsten Schritt zur Umsetzung der DS-GVO steht die Ermittlung des Handlungsbedarfs: Welche Lücke ist auf dem Weg von Ist- zum Soll-Zustand überhaupt zu schließen? Die wichtigsten Handlungsfelder liegen für Kommunen – neben den Rechtsgrundlagen als Legitimationsgrundlage für die Datenverarbeitung und der dokumentierten Einhaltung von Betroffenenrechten – bei den folgenden Aspekten:

- Dokumentationspflichten, denn Art. 5 Abs. 2 DS-GVO verpflichtet den Verantwortlichen zum Nachweis, dass personenbezogene Daten rechtmäßig und transparent verarbeitet werden. Zusätzlich sieht die DS-GVO weitere Dokumentationspflichten vor, etwa für das Verarbeitungsverzeichnis, die Dokumentation von Datenschutzvorfällen oder für Weisungen im Rahmen der Auftragsverarbeitung.
- Datenschutz-Folgenabschätzung (Art. 35 DS-GVO), welche die Vorabkontrolle des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG) ersetzt und als Risikobewertung für personenbezogene Daten und ihre Verarbeitung eine umfangreiche Dokumentation erfordert. Die Datenschutz-Folgenabschätzung kann zudem eine Konsultation der Aufsichtsbehörde nach sich ziehen.
- Meldepflichten, denn Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde unverzüglich die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu melden (Art. 33 Abs. 1 DS-GVO).
- Es ist festzulegen, was zu veranlassen ist, um das Auskunftsrecht und die anderen Datenschutzrechte der Betroffenen nach Art. 12 bis 23 DS-GVO sicher zu stellen
- Nach Maßgabe von Artikel 32 bis 34 DS-GVO ist zu entscheiden, welche technischen und

organisatorischen Maßnahmen zur Sicherheit der personenbezogenen Daten zu treffen sind

- Datenschutzbeauftragte sind auch im behördlichen Umfeld zu bestellen. Die Behördenleitung ist verantwortlich für die Einhaltung der Verordnung, die Aufgabe kann nicht delegiert werden (gemäß § 5 des Gesetzesentwurfs zum neuen BDSG).
- Dienstleistungsbeziehungen, die sich auf die Verarbeitung personenbezogener Daten beziehen, sind zu prüfen und es ist sicher zu stellen, dass bestehende Verträge zur Auftragsverarbeitung der DS-GVO entsprechen. Erweisen sich Lieferanten als ungeeignet, die hohen Anforderungen der DS-GVO zu erfüllen, müssen Dienstleistungen neu vergeben werden.

Umsetzung bis 25. Mai 2018

Kurzum, es ist viel zu prüfen und wohl meist auch viel zu tun auf dem Weg zur Umsetzung der DS-GVO: Prozesse müssen angepasst, Löscho- und Meldekonzepte ausgearbeitet, technische Grundlagen zur Umsetzung geschaffen werden und vieles mehr. Jürgen Wiegand, behördlicher Datenschutzbeauftragter bei der ekom21: „Es empfiehlt sich, rasch aktiv zu werden. Alle verantwortlichen Stellen – Bürgermeister, Kommunen und Rechenzentren – sollten sich auf die neue Rechtslage einstellen, um im Mai 2018 die Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung zu erfüllen“.

Mehr zur DS-GVO sowie ein Interview mit dem Datenschutzbeauftragten der ekom21, Jürgen Wiegand, lesen Sie online in unserer e-info21 digital.



2018

Dezember '17	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Fr	1 Mo <small>Neujahr</small> 1	1 Do	1 Do	1 So <small>Ostersonntag</small>	1 Di <small>Tag der Arbeit</small>	1 Fr
2 Sa	2 Di	2 Fr	2 Fr	2 Mo <small>Ostermontag</small> 14	2 Mi	2 Sa
3 So <small>1. Advent</small>	3 Mi	3 Sa	3 Sa	3 Di	3 Do	3 So
4 Mo 49	4 Do	4 So	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo 23
5 Di <small>Verbandsversammlung, Wölfersheim</small>	5 Fr	5 Mo 6	5 Mo 10	5 Do	5 Sa	5 Di
6 Mi	6 Sa <small>Heilige Drei Könige</small>	6 Di	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi
7 Do	7 So	7 Mi	7 Mi	7 Sa	7 Mo 19	7 Do
8 Fr	8 Mo 2	8 Do	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr
9 Sa	9 Di	9 Fr	9 Fr	9 Mo 15	9 Mi	9 Sa
10 So	10 Mi	10 Sa	10 Sa	10 Di	10 Do <small>Christi Himmelfahrt</small>	10 So
11 Mo 50	11 Do	11 So	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo <small>CeBIT, Hannover</small> 24
12 Di	12 Fr	12 Mo <small>Rosenmontag</small> 7	12 Mo 11	12 Do	12 Sa	12 Di <small>CeBIT, Hannover</small>
13 Mi	13 Sa	13 Di <small>Fastnacht</small>	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi <small>eXPO, Hanau CeBIT, Hannover</small>
14 Do	14 So	14 Mi	14 Mi	14 Sa	14 Mo 20	14 Do <small>CeBIT, Hannover</small>
15 Fr	15 Mo	15 Do	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr <small>CeBIT, Hannover</small>
16 Sa	16 Di 3	16 Fr	16 Fr	16 Mo 16	16 Mi	16 Sa
17 So	17 Mi	17 Sa	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So
18 Mo 51	18 Do	18 So	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo 25
19 Di	19 Fr	19 Mo 8	19 Mo	19 Do	19 Sa	19 Di
20 Mi	20 Sa	20 Di	20 Di	20 Fr	20 So <small>Pfingstsonntag</small>	20 Mi
21 Do	21 So	21 Mi	21 Mi	21 Sa	21 Mo <small>Pfingstmontag</small> 21	21 Do <small>Verbandsversammlung, Gießen</small>
22 Fr	22 Mo 4	22 Do	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr
23 Sa	23 Di	23 Fr	23 Fr	23 Mo 17	23 Mi	23 Sa
24 So <small>Heiliger Abend</small>	24 Mi	24 Sa	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So
25 Mo <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>	25 Do	25 So	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo 26
26 Di <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>	26 Fr	26 Mo 9	26 Mo 13	26 Do	26 Sa	26 Di
27 Mi 52	27 Sa	27 Di	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi
28 Do	28 So	28 Mi	28 Mi	28 Sa	28 Mo 22	28 Do
29 Fr	29 Mo 5		29 Do	29 So	29 Di	29 Fr
30 Sa	30 Di		30 Fr <small>Karfreitag</small>	30 Mo 18	30 Mi	30 Sa
31 So <small>Silvester</small>	31 Mi		31 Sa		31 Do <small>Fronleichnam</small>	

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar '19
1 So	1 Mi	1 Sa	1 Mo 40	1 Do <small>Allerheiligen</small>	1 Sa	1 Di <small>Neujahr</small>
2 Mo 27	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr	2 So <small>1. Advent</small>	2 Mi
3 Di	3 Fr	3 Mo 36	3 Mi <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	3 Sa	3 Mo 49	3 Do
4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Di	4 Fr
5 Do	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo 45	5 Mi	5 Sa
6 Fr	6 Mo 32	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Do <small>Verbandsversammlung</small>	6 So <small>Heilige Drei Könige</small>
7 Sa	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo 2
8 So	8 Mi	8 Sa	8 Mo 41	8 Do	8 Sa	8 Di
9 Mo 28	9 Do	9 So	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi
10 Di	10 Fr	10 Mo 37	10 Mi	10 Sa	10 Mo 50	10 Do
11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr
12 Do	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo 46	12 Mi	12 Sa
13 Fr	13 Mo 33	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So
14 Sa	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo
15 So	15 Mi <small>Mariä Himmelfahrt</small>	15 Sa	15 Mo 42	15 Do	15 Sa	15 Di 3
16 Mo 29	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi
17 Di	17 Fr	17 Mo 38	17 Mi	17 Sa	17 Mo 51	17 Do
18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr
19 Do	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo 47	19 Mi	19 Sa
20 Fr	20 Mo 34	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So
21 Sa	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi <small>Buß- und Betttag</small>	21 Fr	21 Mo 4
22 So	22 Mi	22 Sa	22 Mo 43	22 Do	22 Sa	22 Di
23 Mo 30	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 So	23 Mi
24 Di	24 Fr	24 Mo 39	24 Mi	24 Sa	24 Mo <small>heiliger Abend</small> 52	24 Do
25 Mi	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So <small>Totensonntag</small>	25 Di <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>	25 Fr
26 Do	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo 48	26 Mi <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>	26 Sa
27 Fr	27 Mo 35	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So
28 Sa	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo 5
29 So	29 Mi	29 Sa	29 Mo 44	29 Do	29 Sa	29 Di
30 Mo 31	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi
31 Di	31 Fr		31 Mi <small>Reformationstag</small>		31 Mo <small>Silvester</small> 1	31 Do

„Eine öffentliche Verwaltung braucht ein stabiles und zuverlässiges EDV-System. Dafür haben wir den richtigen Partner gefunden – die ekom21.“

Bürgermeister Björn Brede

Effizienz und Sicherheit in Frankenu

Stadt profitiert von Desktop-Virtualisierung

Von Helmut Best

Die Stadt Frankenu ist eine hessische Kommune (rund 3.400 Einwohner) im Landkreis Waldeck-Frankenberg, nördlich des Nationalparks Kellerwald-Edersee. Mit 13 Mitarbeitern werden die Kernstadt und fünf Ortsteile verwaltet.

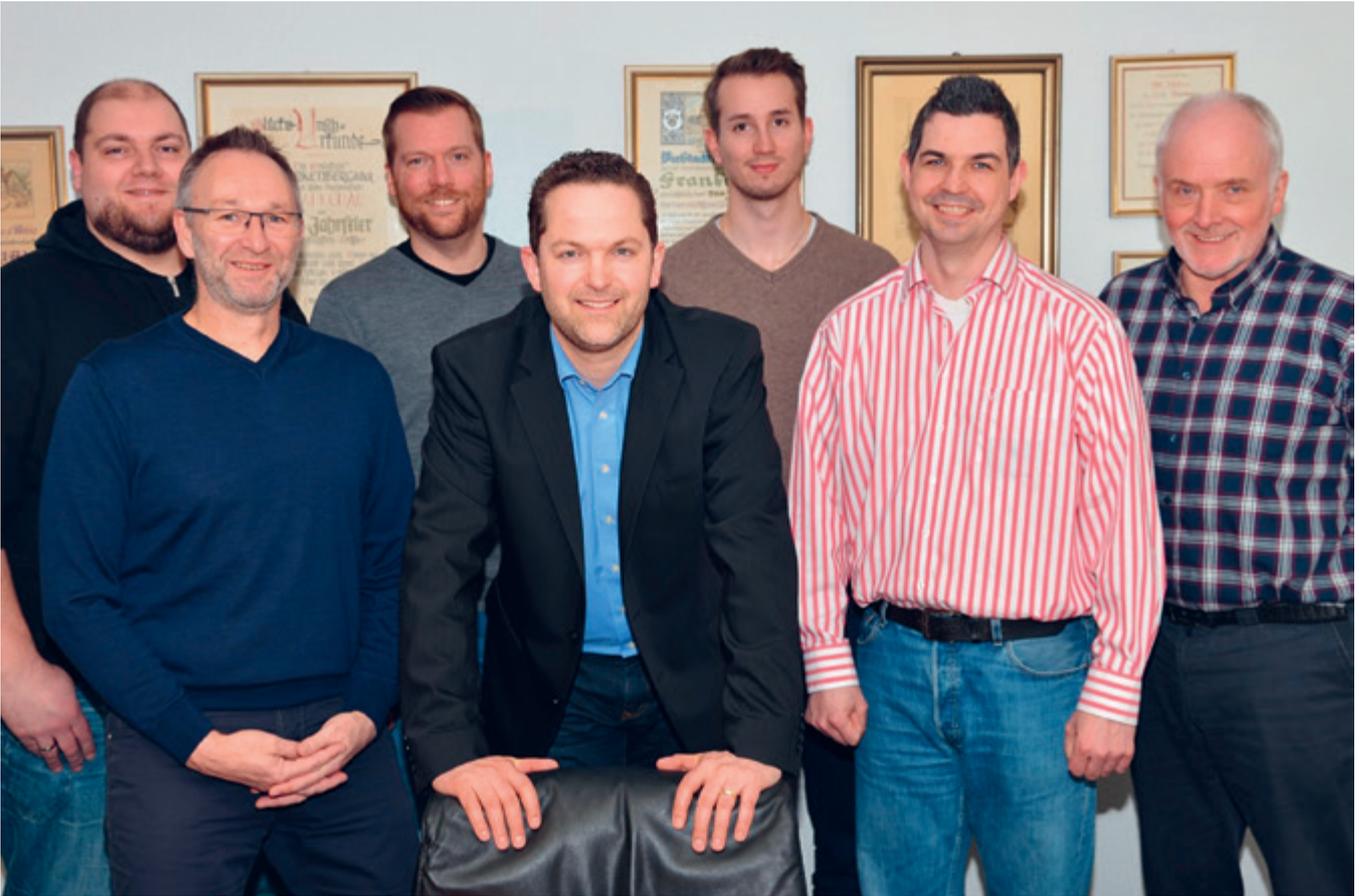
Erneuerung

Die ursprüngliche IT-Infrastruktur bestand über Jahre aus einem guten Dutzend Fat Clients und einem Server. Mit der Betreuung der IT-Umgebung war ein Mitarbeiter beauftragt.

Im Laufe der Jahre geriet das kommunale Netzwerk in technischen Rückstand und so stand für

Frankenaus Administrator, Manuel Steiner, eine Erneuerung der Infrastruktur an. Bürgermeister Björn Brede waren aber auch die zunehmenden Herausforderungen im Bereich der IT-Sicherheit bewusst, verbunden mit dem hohen personellen und finanziellen Aufwand. Auch eine Konzentration auf die Kernaufgaben der Verwaltung und eine sichere finanzielle Planung für die nächsten Jahre waren für Brede wichtig.

So entschied sich Frankenu für den VDI-Service (Virtual Desktop Infrastructure) der ekom21. Mit videma21 (Kurzform für Virtuelles Desktop Management) wird es kommunalen Verwaltun-



Mit der Umstellung zufrieden: Manuel Steiner (Frankenau), Uwe Dippel (ekom21), Christian Caspar (Frankenau), Bürgermeister Björn Brede (Frankenau), Markus Nemeth (ekom21), Christian Faßbender (ekom21), Herbert Wolf (Frankenau)

gen, als auch Verwaltungsgemeinschaften oder im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) ermöglicht, ihre IT-Arbeitsplätze in das vom BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) zertifizierte Rechenzentrum der ekom21 zu verlagern, um so die Administration vor Ort erheblich zu reduzieren. Gearbeitet wird dann über eine sichere Datenverbindung in das Kasseler Rechenzentrum.

Sicher und effizient

Mit diesem Service werden, zusätzlich zu den zentralen Server- und Anwendungsdiensten, die von der ekom21 bezogen werden können (zum

Beispiel zentrale Verfahren, eMail und Antiviren-Service etc.), somit auch die Arbeitsplätze dem Kunden zur Verfügung gestellt.

Grundlegend ist, wie nahezu bei allen Services der ekom21, auch videma21 über eine Anbindung an das hauseigene WAN21-Netz abgesichert. Über diese Verbindung wird jeder Kunde mit seiner eigenen Umgebung vernetzt.

Bei der Desktop-Virtualisierung handelt es sich um einen Service, der mehreren Benutzern einer Kommune gleichzeitig und unabhängig voneinander die Ausführung von Softwarever-

fahren auf den Servern der ekom21 erlaubt. Die Möglichkeit, auf den virtuellen Arbeitsplatz von überall zugreifen zu können, erhöht dabei die Flexibilität ungemein. Aber auch in Sachen Datensicherheit bietet diese Art von Zugriff einen besonderen Vorteil – im Gegensatz zu einem USB-Stick kann ein virtueller Desktop nicht verloren gehen.



Bild: Wikipedia, Clemensfranz

Das Rathaus in Frankenu

Bestehend aus verschiedenen Modulen setzt sich videma21 wie eine Suite zusammen – das gibt den Benutzern Freiheit und eine zusätzliche Sicherheit. Frei nach dem Motto „Nicht alles muss, aber alles kann“ werden die verschiedenen IT-Komponenten beleuchtet und durch den Service von videma21 abgedeckt.

Dieser Service steht für eine gehostete, virtuelle Infrastruktur und stellt die Arbeitsumgebung im Rechenzentrum der ekom21 für eine Stadt, Gemeinde, Verwaltungsgemeinschaft, einen Landkreis oder im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) dar. Mit videma21 ist der Zugriff, nicht nur auf das im Service enthaltene und bei der ekom21 gehostete Postfach, sondern auf den vollwertigen Arbeitsplatz außerhalb des Verwaltungsnetzwerkes über eine gesicherte Leitung gewährleistet.

Viele Vorteile

Daraus ergeben sich für die Verwaltung vielerlei Vorteile. Neben der Betreuung der Technik des Anwenders, seines PC oder Netzwerks vor Ort, bis hin zur Bereitstellung der Anwendung im Rechenzentrum, werden auch umfangreiche IT-Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Die Kunden dieses Services profitieren zusätzlich von einem einfachen Preismodell, das Planungssicherheit für den kommunalen Haushalt gewährleistet.

Bei der Umsetzung im nordhessischen Frankenu bestand die Herausforderung für das Team der ekom21 darin, neben der Integration der städtischen IT in das videma21-Umfeld auch die IP-Telefonie einzubeziehen. Als weitere Aufgabe wurde die deutliche Vereinfachung der Datenstrukturen auf dem Server in Anlehnung an den kommunalen Aktenplan vorgegeben.

Vor Ort wurde zunächst die bestehende Hardware gesichert und gegen neue, leistungsfähigere ausgetauscht, wobei im Rahmen des neuen IT Konzeptes auf einen Ersatz der Server- und Backuphardware verzichtet werden konnte. Im nächsten Schritt wurde die Systemumgebung Frankenaus im Rechenzentrum abgebildet. Hierbei ist bereits die Datenstruktur in Anlehnung an den Produktbereichsplan der Gemeindehaushaltsverordnung umgesetzt worden. Zusätzlich wurde die IP-Telefonie in die virtuelle Umgebung integriert und die Nutzung des Exchange-Services überführt. Selbst für spezielle Anforderungen, wie einen Passarbeitsplatz oder das Signaturverfahren im Standesamt, wurden vorbereitete Lösungen angewendet. Für Verwaltungschef Björn Brede wurde ein gänzlich mobiler Arbeitsplatz geschaffen, um den heutigen Anforderungen an eine moderne, den Bürgermeister unterstützende IT gerecht zu werden.

Richtiger Partner

Das Ergebnis fasst Bürgermeister Brede zusammen: „Eine öffentliche Verwaltung braucht ein stabiles und zuverlässiges EDV-System. Dafür haben wir den richtigen Partner gefunden – die ekom21. Mit ihren kompetenten Mitarbeitern hat sie unsere EDV sehr professionell, aber auch individuell für unsere Bedürfnisse modernisiert“.

Nach der Umstellung bildete sich so eine komplett virtualisierte Arbeitsumgebung für die 13 Mitarbeiter des Frankenauer Rathauses ab. Die für die Stadt am Nationalpark Kellerwald-Edersee wichtigen Faktoren, wie volle Kostenplanbarkeit, IT Sicherheit und Verringerung des Vor-Ort-Supports wurden somit mit videma21 vollumfänglich erreicht.

Die Lösung bietet also für Kommunen die optimale Plattform für eine moderne Verwaltung – und das mit maximaler Effizienz und unter Einhaltung der notwendigen Sicherheitsrichtlinien. Die lokale Sever-Infrastruktur und die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Verwaltungen werden dabei in einer von der ekom21 betriebenen Hosting-Umgebung bereitgestellt. Statt einzelner Komponenten oder Anwendungen werden der komplette Endanwender-Desktop-PC sowie die bisherigen Server-Dienste virtualisiert betrieben und dem Kunden zur Nutzung überlassen.

Zentrale Server- und Anwendungsdienste, wie zum Beispiel Verfahren, eMail-Dienste, Antiviren-Service und auch die Arbeitsplätze werden aus der ekom21-Sicherheitsumgebung zur Verfügung gestellt.

Full-Service

Im Einzelnen profitieren die Kommunen von

- Die Tätigkeit der IT-Administration vor Ort wird deutlich verringert
- die Aufwände für IT und Support sind transparent und über Jahre kalkulierbar
- nach Bedarf anpassbare Speicherkapazitäten und höchstmögliche Sicherheit für die Daten durch BSI-Grundschutz und modulare Services
- hohe Flexibilität bei mobilen Arbeitsplätzen
- unkomplizierte Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze
- maximale Verfügbarkeit und
- Konzentration der Verwaltung auf Kernkompetenzen.

Die Kommunen erhalten von der Planung der Installation, über die Beschaffung, bis hin zum Support im Betrieb einen Full-Service. Das bedeutet auch, dass während der gesamten Betriebslaufzeit die beschaffte Peripherie, wie etwa Drucker oder Scanner, durch die ekom21 ohne weitere Kosten in die bestehende virtuelle Umgebung integriert wird. Für die Verwaltungen bedeutet dies eine kalkulierbare und auf die neuesten Technologien angepasste Dienstleistung – und das nicht nur finanziell.

Weitere Informationen erhalten Sie von den Experten unseres Unternehmensbereiches IT-Operations; eMail: kundenservice@ekom21.de

Dieser Artikel ist auch in der Fachzeitschrift „Kommune21“, Ausgabe 12/2017, erschienen. Mehr Informationen unter www.kommune21.de

Es gibt noch eine ganze Menge an Ideen

Interview mit Bürgermeister Thomas Fehling, Bad Hersfeld

Festspiele, Lullusfest, Engelhardt-Pils – Bad Hersfeld legt Wert auf Kultur und Tradition. Zugleich ist gerade in Bad Hersfeld die neue Zeit mit gleich zwei Amazon Logistik-Standorten unübersehbar. Das fordert auch Bürgermeister und Verwaltung gewaltig. info21 hat mit Bürgermeister Thomas Fehling gesprochen.

Herr Fehling, was sind aktuell Ihre wichtigsten Projekte?

Bad Hersfeld ist ein Mittelzentrum, aber mit hoher Zentralität für das Umland. Wir halten zahlreiche attraktive Infrastrukturen für die Region vor – Stadtbibliothek, die Wissens- und Erlebniswelt für Sprache und Kommunikation „wortreich“, zwei Veranstaltungshallen, drei Schwimmbäder, Kurpark und Kurhaus und einiges mehr, die aber zum Teil wie Blei in unseren Büchern liegen.

Anders gesagt: Wir denken permanent, und besonders in Zeiten knapper Kassen, über Strukturveränderungen und Optimierungen nach: Zusammenlegungen, gegebenenfalls Schließungen,

neue organisatorische und personelle Konzepte, Energiemonitoring – solche, zum Teil heiß diskutierten Themen beschäftigen mich aktuell und wohl auch in Zukunft.

In den letzten Monaten haben wir zudem im Rathaus einen Generationswechsel auf den Führungsebenen eingeleitet. In dem Zusammenhang sind alle Bereiche in der Stadtverwaltung, die für Veranstaltungen und Veranstaltungsorte verantwortlich sind, jetzt im neuen Fachbereich Stadtmarketing zusammengefasst. Kurbetrieb und Tourist Information, zwei Veranstaltungshallen und die Organisation des Lullusfests mit rund 450.000 Besuchern im Oktober sind personell und organisatorisch neu aufgestellt.

Da ist meine Verantwortung gefordert, zumal durch den neuen Fachbereich auch die Zusammenarbeit mit dem bestehenden Stadtmarketing-Verein neue Impulse erhalten soll. City-Management und Stadtentwicklung sind besonders in einem Randbereich unserer Innenstadt gefordert, der in den letzten Jahren an Attraktivität verloren hat.



Welche Bedeutung hat aus Ihrer Erfahrung das Infrastruktur-Angebot einer Kommune für Bürger und Gewerbe?

Die Bürger erwarten eine funktionierende und moderne Infrastruktur. Bad Hersfeld hat eine Menge zu bieten, aber die Angebote müssen täglich verbessert und erweitert werden, um als Stadt für die Bürger attraktiv zu bleiben. Glasfaseranschluss, Digitalisierung und Smart City-Projekte schaffen hier neue Perspektiven für Unternehmer und Bürger.

Was steckt hinter dem Konzept „Bad Hersfeld 4.0“?

Das ist für uns ein Arbeitstitel, um die Modernisierung der Stadt voranzubringen. Dahinter verbergen sich zahlreiche Einzelprojekte aus den Bereichen eGovernment und Smart City, die helfen werden, Bad Hersfeld als Wohlfühl- und Wirtschaftsstandort zu sichern und auszubauen.

Welche Chancen sehen Sie, welche Projekte sind schon in Umsetzung?

Wir hatten ein über Jahre brachliegendes Parkleitsystem, welches wir ohne Tiefbauarbeiten mittels oberirdischer Sensoren und Echtzeit-Anzeige über Monitore wieder reaktiviert und stabil in Betrieb genommen haben. Das Energiemonitoring unserer städtischen Immobilien und Anlagen reduziert deutlich unsere Kosten. Eine eigene Lärm-Messungs-App sendet anonymisiert Messdaten, um eine Lärmkartierung für das Stadtgebiet aufzubauen. Und wir sind dabei, unsere Straßenbeleuchtung schrittweise auf LED-Beleuchtung umzustellen – mit großen Einsparungen.

Aber es gibt noch eine ganze Menge an Ideen, wie z.B. den Aufbau einer Plattform für urbane Daten, um darauf aufbauend Firmen und Startups die Entwicklung neuer Services zu ermöglichen.

Im Innenverhältnis der Stadtverwaltung ist ein Workflow zur Stundenerfassung auf Basis von civento-Prozessen der ekom21 in Arbeit. Das ist die Basis, um unsere städtischen Eigenleistungen bei Investitionsprojekten zu aktivieren.

Wo liegen die Herausforderungen bei Smart City und wie kann man diese angehen?

Die Themen sind alle miteinander verzahnt. So besteht immer die Gefahr, sich zu verzetteln. Das Motto ist daher: Klein anfangen, aber anfangen! Dabei gilt es, die Balance zu halten zwischen dem „großen Plan“ und der Umsetzung konkreter und überschaubarer Projekte. Wir haben immer einen klaren Fokus auf den Bürgernutzen. Am Ende der Projekte kommt immer etwas Gutes heraus, das jeder verstehen kann.

Natürlich müssen die Themen vorab an lokale Gremien und den Bürger vermittelt werden. Ein Punkt, der dabei jeweils ganz am Anfang der politischen und öffentlichen Debatte steht, ist der Datenschutz. Wenn Sie darauf keine guten Antworten haben, kommt das Projekt gar nicht zum Fliegen.

Wie bringt eine vergleichsweise kleine Kommune die notwendigen Mittel für die Innovationen auf?

Schrittweises Vorgehen ist angezeigt. Wir gehen jedes Mal ein überschaubares Risiko ein und prüfen am Ende einer Phase, ob wir den angestrebten Bürgernutzen erreicht haben. Falls ja, dann steigen wir in die nächste Phase ein. So halten sich die Investitionen immer in einem handhabbaren Rahmen. Aber ganz ohne Investitionen kann man eine Stadt nicht modernisieren und attraktiv halten. Stillstand ist schleichender Untergang.

Ein erfolgreiches Vorgehen bei uns: Wir arbeiten in Pilotprojekten mit lokalen Dienstleistern zusammen, die erste Referenzfälle für ihre Anwendungen suchen, oder zum Teil auch erst kurz vor der Markteinführung stehen. Wir steuern Anforderungen und praktische Erfahrungen bei und sind dafür dann Erstanwender zu günstigen Konditionen. Auch das spart Finanzmittel durch den Einsatz eigener Ressourcen.

Mittel- und langfristig müssen Städte versuchen mit den Daten, die sie produzieren, ihre Investitionen zu finanzieren. Nehmen Sie unsere lokalen Baustellen als konkretes Beispiel: Die Baufirmen brauchen eine Parkgenehmigung für ihre Fahrzeuge, die sie bei uns digital beantragen. Durch diesen digitalen Genehmigungsprozess weiß ich also, wann ein Bürgersteig gesperrt oder eine Straße blockiert ist. Informationen, die für Betreiber von Navigationsgeräten wertvoll sein können. Und die Stadt weiß es als erste ...

Wie das Geschäftsmodell am Ende aussieht, weiß ich noch nicht genau. Dabei setzen wir auf einen Skaleneffekt: Bad Hersfeld allein bringt wenig. Aber wenn jetzt möglichst viele Städte – oder alle Städte – mitspielen, dann wird es wirklich interessant. Kein Datennutzer möchte mit hunderten von Städten einzeln verhandeln. Dazu brauchen wir strategische Partner.

Und die Verwaltung? Wie sah die Verwaltung vor zehn Jahren im Vergleich zu heute aus, was hat sich seither geändert?

Wir haben uns alle Abläufe angesehen und – wo nötig – umgestellt. Viele Kernprozesse der Stadt sind inzwischen völlig neu gestaltet. Im Hochtechnologiesektor habe ich viele Jahre internationale Geschäfts- und Projekterfahrung gesammelt, die ich jetzt hier einbringen kann.

So waren wir die ersten in Hessen, die einen elektronischen Rechnungs-Workflow einführten. Alle Rechnungen, die per Papier reingehen, senden wir zu einem Dienstleister, der sie einscannt und uns in einem digitalen Format direkt in die Buchhaltung schickt. Früher haben wir Tonnen von Rechnungen durch die Gegend „gekarrt“ – der eine hat sie angenommen, der zweite sachlich richtig deklariert, ein Dritter musste sie freigeben. Bei 10 bis 20 Euro Verwaltungskosten pro Rechnung sparen wir 150.000 bis 300.000 Euro pro Jahr.

Handwerker können ihre Sonderparkausweise für Baustellen heute über ein civento-Onlineportal beantragen, unabhängig von Bürozeiten. Das funktioniert auch beim Standesamt, bei der Stammdatenpflege für Vereine, bei Widersprüchen gegen „Knöllchen“ und so weiter. Vor sechs Jahren haben wir noch Urlaubskarten mit Bleistift und Radiergummi bearbeitet.

Welches sind aus Ihrer Sicht aktuell die drei größten Herausforderungen für Kommunen?

Das sind wohl Smart City-Themen und hier würde ich sehen

1. Zum einen, intern das „Fitmachen“ einer Stadtverwaltung, insbesondere die Verschlan-
kung und Digitalisierung von Prozessen mit einer offenen Datenschnittstelle. Dazu gehören auch der Aufbau von technischen Ressourcen und die Entwicklung von IT-Personal, das für Dritte kompetenter Partner auf Augenhöhe ist.
2. Nach außen ist die Vernetzung mit Partnern das Gebot in einem sehr dynamischen Markt. Gemeinden können voneinander lernen. Das kann man regional durch interkommunale

Zusammenarbeit tun oder bundesweit durch Beteiligung am deutschen Smart City-Forum.

3. Zentraler Punkt einer Smart City-Strategie ist eine umfassende Datenplattform, in der Daten und Ergebnisse ganz unterschiedlichster Formate verarbeitet werden können. Hier rechne ich in den nächsten eineinhalb Jahren mit der Durchsetzung eines technischen Standards. Dabei wird möglicherweise nicht die beste Lösung gewonnen, sondern die mit der schnellsten Marktdurchdringung. Es gilt also, aufs richtige Pferd zu setzen.
4. Und wenn noch ein vierter Punkt erlaubt ist: Schließlich ist ein guter Kontakt in eine „erwachende“ Politik notwendig. Die Förderkulissen im Bereich Digitalisierung und Smart City ändern sich rasant.

Was bedeutet der Hessentag 2019 für die Stadt?

Der Hessentag ist für uns eine großartige Chance, die Stadt weiterzuentwickeln. Sie gibt uns zusätzliche Schubkraft, um wichtige Projekte der Stadtentwicklung voranzubringen. Zum zweiten sollen viele unserer Smart City-Projekte im Sommer 2019 auf dem Hessentag präsentiert werden – ein idealer „Showcase“ für das Bad Hersfeld des 21. Jahrhunderts!

Und, was begeistert Sie privat?

Dass meine Frau so viel Freude an der Malerei gefunden hat und dass sich unser Hund so prächtig entwickelt.

Herr Fehling, vielen Dank für das Interview!



Nicht lamentieren, kooperieren!

Interkommunale Zusammenarbeit macht Sinn

Von Stefan Thomas

Finanznot und demografischer Wandel machen ein innovatives Umdenken in den Kommunen zwingend erforderlich. Hier bietet interkommunale Zusammenarbeit – wie die Beispiele zeigen – viele Chancen. Die ekom21 steht auch bei diesem Themenkomplex mit Rat und Tat an der Seite der Kommunen.

Chance und Notwendigkeit

„Nicht allein die ubiquitäre Finanznot macht ein innovatives Umdenken der Kommunen zwingend erforderlich. Auch den demografischen Wandel muss die kommunale Politik fest in den Blick nehmen“, fordert Karl-Christian Schelzke, Geschäftsführer des Hessischen Städte- und

Gemeindebundes, auf einer Tagung zur interkommunalen Zusammenarbeit. Er umreißt damit wichtige Aspekte, die Bürgermeistern und Verwaltungen schon seit längerer Zeit unter den Nägeln brennen.

Etwa im nordhessischen Bromskirchen, Landkreis Waldeck-Frankenberg, dessen Bürgermeister Karl-Friedrich Frese 2014 in einer Diskussion sagte: „Die Ertragssituation unserer kommunalen Haushalte ist begrenzt. Wir können eher nicht davon ausgehen, dass uns in Zukunft zusätzliche Einnahmen vom Staat zur Verfügung gestellt werden. (...) Verwaltung wird heute immer schwieriger, immer aufwendiger. Wir haben kleine Verwaltungen mit wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir haben viele Generalisten, wenig Fachleute. Die Anforderung an die Verwaltung in unseren Kommunen steigt und das lässt sich nur abbilden durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit“.

Frese zeigt damit einerseits die Zwänge auf, unter denen gerade kleinere Kommunen stehen. Er deutet aber auch einen Lösungsweg an, den seine Gemeinde – und mit ihr viele andere hessische Verwaltungen – gegangen ist: Man hat sich mit anderen Kommunen zusammengeschlossen, Synergien gesucht, kooperiert, Kosten geteilt und gesenkt und damit neue Handlungsspielräume erschlossen. Kurzum, man hat interkommunale Zusammenarbeit als Chance begriffen und neue Wege in der Verwaltung beschritten.

Fordern und Fördern

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) ist kein gänzlich neues Konzept – schon Volker Bouffier hat in seiner Zeit als hessischer Innenminister für IKZ geworben, 2014 hat dann der Koalitionsvertrag in Hessen die interkommunale Zusam-

menarbeit als ein „wesentliches Instrument, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten“, beschrieben. Der IKZ messe man große Bedeutung bei und wolle vermehrt Anreize bieten. Und so geschieht es. Dabei hat sich die Förderung durch das Land Hessen im Laufe der Zeit klar professionalisiert. Schon seit 2009 existiert in Hessen ein Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ), das 2013 in die Trägerschaft des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport übergegangen und seit 2015 als Stabsstelle im Ministerium organisiert ist. Unter der Leitung von Claus Spandau hat das hessische Innenministerium bis zum 31. Dezember 2016 genau 202 Kooperationen von insgesamt 403 Kommunen gefördert. Erfüllen Kommunen die Förderbedingungen, erhalten sie vom Land Hessen bis zu 100.000 Euro Förderung pro Projekt. Die Bandbreite der Zusammenarbeit von Kommunen ist vielfältig. Wir haben Beispiele herausgegriffen und gefragt: Wie sehen IKZ-Projekte aus?

Gemeinschaftskasse Taunus

Auch wenn der Hochtaunus-Kreis im Frankfurter Speckgürtel einer der kaufkraftstärksten Kreise der Bundesrepublik ist, auch hier hat man mit den kommunalen Haushalten zu kämpfen. Grund genug für die Gemeinden Königstein, Kronberg und Steinbach, über Einsparmöglichkeiten und Synergien nachzudenken.

Mit der interkommunalen Kooperation der Standesämter hatte man im Hochtaunus schon gute Erfahrungen gemacht. Seit 2009 gab es darüber hinaus immer wieder kleinere Kooperationen und regelmäßige IKZ-Runden der Hochtaunuskommunen. Ein umfassendes IKZ-Projekt aber startete erst 2013 mit der Gemeinschaftskasse Taunus – einer gemeinsamen Gemeindekasse der Kommunen. Ziel war einerseits die

Reduzierung der Verwaltungskosten, andererseits eine deutliche Qualitätssteigerung durch Kompetenzbündelung und Spezialisierung. Übergeordnet ging es den Bürgermeistern darum, durch Zusammenarbeit Räume zur aktiven Gestaltung zu schaffen und nicht bloß auf politische Vorgaben oder wirtschaftliche Zwänge zu reagieren. Die Machbarkeitsstudie und die Technik kamen übrigens von der ekom21.

Rasche Umsetzung

Aber geht das überhaupt? Können Kommunen ihre Gemeindekassen einfach so zusammenlegen? Die Fragen übergaben die interessierten Kommunen initial an den kommunalen IT-Dienstleister ekom21 mit dem Auftrag, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Das Ergebnis war positiv und überzeugte auch das Land, das sich mit 75.000 Euro Förderung an der Zusammenarbeit der Kommunen beteiligte. Die drei Kommunen legten rasch los, um die in Aussicht gestellte Kostenreduzierung zu erreichen und die Serviceverbesserungen zu realisieren. Ungefähr ein halbes Jahr dauerte die Projektarbeit bis zum Echtzeitbetrieb. In der Zwischenzeit schlossen Königstein, Kronberg und Steinbach einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Gemeinschaftskasse, Personalfragen wurden über einen Gestellungsvertrag geregelt, wodurch die Mitarbeiter weiterhin bei der jeweiligen Ausgangskommune angestellt bleiben. Technisch hat die ekom21 beratend zur Seite gestanden und für die notwendige technische Infrastruktur gesorgt. Die Situation vereinfachte sich dadurch, dass die Kommunen auch vor der Zusammenführung ihrer Kassen die gleiche Software nutzten. Interne Prozesse und Verwaltungskulturen unterschieden sich hingegen, was die Kommunikation zu einem zentralen Erfolgsfaktor machte.

Erfolgsfaktoren und Ergebnisse

Enge Abstimmung und transparente Kommunikation sind wohl in allen IKZ-Projekten das A und O. „Es ist ungemein wichtig, dass es enge Kommunikationsabstimmungen gibt“, betont denn auch Henny Gelhart, Leiterin der Gemeinschaftskasse Taunus, rückblickend. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Nach knapp sechs Monaten konnte die Gemeinschaftskasse in Kronberg den Echtzeitbetrieb aufnehmen. Zentralisiert in Kronberg sind nun acht Finanzprofis tätig – früher waren elf Mitarbeiter nötig. Die IKZ konnte in diesem Beispiel die Verwaltungskosten durch geringere Personal- und Sachaufwände um rund 20 Prozent reduzieren. Den Haushalt freut's und die Bürger merken die Änderungen an höherer Fachkompetenz und Ergebnisqualität.

Vogelsberg: Gemeinsam, dennoch eigenständig

Quo vadis, kleine Kommune? Diese Frage haben sich die politisch Verantwortlichen in den vier Vogelsbergkommunen Feldatal, Grebenau, Romrod und Schwalmtal schon seit einigen Jahren gestellt. Dass die vier Kommunen zu den kleinsten in Hessen zählen, liegt auf der Hand. Doch sie müssen für ihre Bürger den gleichen Service wie größere Kommunen bei deutlich weniger Mitteln erbringen. Die Rathäuser der vier Kommunen verfügen in der Verwaltung neben Bürgermeisterin beziehungsweise Bürgermeister über lediglich fünf bis sechs Vollzeitstellen.

Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Verwaltungen gestiegen: Sowohl die Menge als auch die Vielfalt der Aufgaben haben dazu geführt, dass die Beschäftigten Generalisten sein müssen. Hinzu kommt die angespannte Finanzsituation. Ist interkommunale Zusammenarbeit die Lösungsstrategie? Nach vielen Kooperationen – etwa bei den Bauhöfen – rückte für die Beteilig-

ten der umfassende Ansatz eines Gemeindeverwaltungsverbandes in den Fokus.

Gemeindeverwaltungsverband

2015 fanden die Vorarbeiten für die Verbandsatzung statt. Intensive Diskussionen der Bürgermeister, der Mandatsträger, des Personals und der Bürger legten den inhaltlichen Rahmen fest. Das Ergebnis: Ende 2015 wurde der Gemeindeverwaltungsverband durch die Kommunalparlamente beschlossen. Im Jahre 2016 waren Detailfragen zu klären, um den Verband arbeitsfähig zu machen. Im Ergebnis hat jetzt jede Mitgliedskommune ein Bürgerbüro, das Bürger nahe sichert. Fachbereiche sind personell und örtlich konzentriert – Haupt- und Ordnungsamt etwa in Grebenau, Liegenschaften in Schwalmtal. Vom jeweiligen Standort aus werden die Aufgaben aller Mitgliedskommunen bearbeitet, moderne IT-Infrastruktur sorgt für die nahtlose Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg.

Effizienzgewinn und Kosteneinsparungen ergeben sich vor allem dadurch, dass die Vogelsberger in den kommenden Jahren kein zusätzliches Personal zur Aufgabenerfüllung einstellen müssen. Ohne-Zusammenarbeit wäre eine Ausweitung des Personals und damit verbundene Personalkostensteigerungen von 15 bis 20 Prozent unvermeidbar gewesen. Gerade für kleinere und mittlere Gemeinden kann der Gemeindeverwaltungsverband ein effizientes IKZ-Modell sein. Denn als Dienstleister erbringt dieser für die Mitgliedskommunen Verwaltungsservices, die Eigenständigkeit der Mitgliedskommune bleibt erhalten. Auch bei diesem Beispiel war die ekom21 übrigens maßgeblich beteiligt: Von der Beratung bis hin zur technologischen Ausstattung.

Nebenbei: Die erste IKZ in Hessen

Frucht der ersten und ältesten interkommunalen Zusammenarbeit ist apropos ebenfalls die ekom21; heute das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen. Dazu Geschäftsführer Bertram Huke: „Wir rühmen uns, gemeinsam mit den Zusatzversorgungskassen, die älteste interkommunale Zusammenarbeit zu sein, die es in Hessen gibt, weil wir und unsere Vorläufer, die Rechenzentren, IKZ erfolgreich verkörpern. Schon damals, vor fast 50 Jahren, erkannte man, wenn jeder IT für sich macht, jeder versucht ein Fachverfahren zu entwickeln, jeder versucht einen Großrechner zu betreiben, das ist ein bisschen teuer. Deshalb haben kluge Menschen damals parteiübergreifend gesagt: Mensch, das macht Sinn, sowas zusammen zu tun!“

Interkommunale Zusammenarbeit wird in der Kommunalverwaltung mit unterschiedlicher Intensität schon seit vielen Jahren praktiziert, um effiziente Lösungen zu finden. Aber erst in Verbindung mit der Informationstechnik und den modernen Medien gelang ein Quantensprung, der Kommunen in die Lage versetzt, komplexe Organisationsvorhaben gemeinsam zu realisieren. Die fortschreitende Digitalisierung wird weitere Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Mehr zur IKZ sowie ein Interview mit Claus Spandau, Geschäftsführer Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit, lesen Sie online in unserer e-info21 digital.

YouTube für Kommunen und Unternehmen

Mit Social Media neue Kanäle nutzen

Von Michael Schober, Softplan Informatik GmbH

Nahezu alle Kommunalverwaltungen und Unternehmen präsentieren sich heute im Internet. Die eigene Website ist zur Visitenkarte und ersten Anlaufstelle für den Abruf von Informationen geworden. Dennoch finden die öffentliche Kommunikation und der Austausch von Nachrichten, Bildern und anderen Medieninhalten immer öfter in den sozialen Netzwerken statt. Kennen Sie WordPress, Instagram, Twitter, Pinterest oder Tumblr?

Nutzung unterschiedlich

In Kommunen und Unternehmen herrscht nach wie vor große Unsicherheit im Umgang mit sozialen Medien. Mangelnde Kontrolle über die Inhalte, ungeklärte Rechtsfragen und fehlende Ressourcen sind die am häufigsten genannten

Gegenargumente in Verwaltungen und Führungsetagen, wenn es um den Einstieg in die modernen Medien geht. Doch die Zahl der Kommunen, die Social Media nutzen, nimmt stetig zu.

Bei einer aktuellen Umfrage der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Zusammenarbeit mit der Universität Kassel haben zwei Drittel der über 330 teilnehmenden Städte, Gemeinden und Landkreise angegeben, Social Media zu nutzen – jede vierte Kommune bereits seit mehr als vier Jahren. Jede zehnte Kommune nutzt Soziale Medien für interne Zwecke, auch wenn die Potentiale noch längst nicht voll ausgeschöpft werden. Dienste wie YouTube und Instagram spielen für Kommunen bislang kaum eine Rolle.



Ganz anders sieht es hingegen in der IT- und Softwarebranche aus. Hier setzen immer mehr Unternehmen auf das Thema Videomarketing, um ihre Zielgruppen anzusprechen. Die Fakten rund um die führende Video-Plattform YouTube sprechen für sich: Neben Google ist YouTube die zweitgrößte Suchmaschine mit mehr als einer Milliarde Nutzern weltweit, wobei rund 60 Prozent davon das Videoportal täglich nutzen. Zudem werden Videos gerne auf anderen sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter geteilt. Unser Gehirn kann visuelle Informationen viel leichter verarbeiten und speichern.

Social Media für Kommunen

Welche Stadt oder Gemeinde möchte nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Verwaltung als

attraktiv und dynamisch erleben? Menschen fühlen sich wohl, wenn sie sich von ihrer Kommune wertgeschätzt und informiert fühlen und ihnen Mitverantwortung bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens zuteil wird. Soziale Medien ermöglichen aktive Teilnahme, motivieren die Bürger und holen Stimmungsbilder ein, wenn der Dialog gepflegt wird. Darüber hinaus schaffen sie ein positives Image im Events- und Tourismusbereich und sorgen für schnelle Informationen für Bürger und Unternehmen.

Immer mehr Menschen verwenden Tablet und Smartphone und sind über Soziale Medien jederzeit erreichbar – ein großer Vorteil gegenüber der klassischen Öffentlichkeitsarbeit. Soziale Medien haben eine unbegrenzte Reichweite und

bringen Menschen zusammen. Verwaltungsaufgaben werden transparenter, die Kommune präsentiert sich bürgernah, ohne dass eine Umstrukturierung erfolgen muss.

Doch nur wer sich mit anderen auf Augenhöhe vernetzt, kann dauerhaft erfolgreich sein. Dies gilt insbesondere für Kommunen, da sich Bürgerinnen und Bürger in hohem Maße mit ihrem regionalen Umfeld identifizieren. Social Media braucht eine klare Strategie, verlangt Kreativität und Experimentierfreude. Ziele und Zuständigkeiten müssen geklärt, Aufwand und Erfolg regelmäßig kontrolliert werden. Die Kommune muss den Dialog wollen, neugierig auf die Meinungen ihrer Bürger sein und Interesse an ihren Vorschlägen zeigen. Ob privat oder beruflich: Social Media ermöglicht es, Menschen jederzeit und überall zu erreichen, sich untereinander auszutauschen und Informationen zu teilen. Sie erlaubt Interaktion und Kommunikation in einem nie gekannten Ausmaß. Dies gilt es künftig zum Vorteil aller Beteiligten zu nutzen.

Soziale Medien effektiv nutzen

YouTube kann von Unternehmen auf verschiedene Arten genutzt werden: Man schaltet Werbung auf Youtube und/oder man startet einen eigenen Videokanal und veröffentlicht Imagefilme, Recruiting-Videos oder -Tutorials, um sein Unternehmen vorzustellen, neue Produkte zu präsentieren oder komplexe Themen und Zusammenhänge zu erklären. Videos wirken emotionaler als Bilder und Texte, wodurch die Nutzer direkter und effektiver auf die Vorzüge von Produkten

und Dienstleistungen aufmerksam gemacht werden. Hat ein Unternehmen eine Facebook-Seite, können die verschiedenen Medienkanäle vernetzt werden, was die Anzahl der Besucher weiter erhöht.

Jörg Tieben, Geschäftsführer von Softplan, sieht in dem neuen Medium einen enormen Mehrwert: „Unser YouTube-Channel richtet sich in erster Linie an unsere Kunden und Anwender. Die Video-Tutorials zu unserem Geoinformationssystem INGRADA (GIS) unterstützen nicht nur GIS-Einsteiger, auch langjährige Anwender finden unter <http://tutorials.ingrada.de> jede Menge Tipps und Tricks für eine effektivere Arbeit mit INGRADA“, so Tieben. „Natürlich kostet es uns Zeit, die Videos informativ und attraktiv aufzubereiten, aber neben dem Erfolg macht es unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem auch Spaß, sich mit neuen Informationskanälen auseinanderzusetzen. Auch das gehört zu einem modernen Technologieunternehmen“. Weitere Inhalte seien in Planung. So könnten neben Anleitungen zur Nutzung des GIS künftig auch Produktneuheiten als kurze Filmsequenzen vorgestellt sowie Webinare veröffentlicht werden, um die Anwender in Kommunen und Unternehmen bei der täglichen Arbeit zu unterstützen.

Mehr Informationen zu INGRADA GIS YouTube Video-Tutorials unter: <http://tutorials.ingrada.de>

Für alle anderen Fragen wenden Sie sich bitte an die Softplan Informatik GmbH

eMail: info@softplan-informatik.de



ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke und Ulrich Künkel mit dem Spendenscheck (v.l.n.r.)

Ein Lachen verschenken

ekom21 unterstützt die Clown Doktoren

Von Stefan Thomas

„Spenden statt schenken“, lautet das Motto der ekom21 zur Weihnachtszeit. Auf Präsente an Kunden und Partner werden verzichtet und stattdessen humanitäre Projekte gefördert. So unterstützt die ekom21 schon seit vielen Jahren wohltätige Initiativen auf regionaler und internationaler Ebene.

Dieses Jahr geht die Spende an die Clown Doktoren e.V. in Wiesbaden. Der Name ist Programm: Clowns, als Ärzte verkleidet, sorgen in Krankenhäusern für jede Menge Spaß bei den jüngsten Patienten und lassen sie Ängste, Schmerzen und den tristen Klinikalltag vergessen. In skurriler Verkleidung, mit atypischen Geräten und stets bester Laune toben sie durch die Zimmer und heitern ihr Publikum auf.

In zwölf Kinderkrankenhäusern im Rhein-Main-Gebiet und der Pfalz sind die Clown Doktoren derzeit unterwegs.

„Lachen ist eben doch die beste Medizin“, bestätigen die ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke und Ulrich Künkel. „Die Clown Doktoren leisten eine wertvolle Arbeit in einem Bereich, der höchst emotionell besetzt ist und helfen mit ihrem Humor nicht nur den Patienten – ob alt oder jung – in ihrer schwierigen Situation, sondern auch den Ärzten, bei ihrer herausragenden Aufgabe“, so Bertram Huke. Ulrich Künkel ergänzt: „Wir hoffen, dass viele unserer Leser auf die Clown Doktoren aufmerksam werden und es uns gleich tun – nämlich einfach ein Lachen verschenken“.



Mehr als 200 Teilnehmer waren nach Wölfersheim gekommen

9. Datenschutztag mit über 200 Teilnehmern

Europäische Datenschutz-Grundverordnung im Fokus

Von Sven Käs

Großer Andrang herrschte in Wölfersheim in der Wetterau, als die ekom21 am 24. Oktober 2017 zum großen „Klassentreffen“ der kommunalen Datenschutzbeauftragten geladen hatte. Mit über 200 Teilnehmern aus ganz Hessen war dieser neunte der mit Abstand am stärksten frequentierte Datenschutztag - und das, obwohl die Traditionsveranstaltung umständehalber erstmalig ohne die Beteiligung des Büros des Hessi-

schen Datenschutzbeauftragten und somit ohne Hessens obersten Datenschützer, Professor Dr. Ronellenfitsch, auskommen musste.

Hauptthema DS-GVO

Auch der Veranstaltungsort Wölfersheim war 2017 neu: die Teilnehmer konnten sich über eine deutlich entspannere Parkplatzsituation am Veranstaltungsort freuen.

Den Auftakt gestaltete ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke, der die Anwesenden willkommen hieß und die große Teilnehmerzahl auf das Thema DS-GVO und ihre Folgen einstimmte.

Die Keynote hielt dann Dr. Carlo Piltz (Rechtsanwalt und zertifizierter Datenschutzbeauftragter) unter dem Motto „Die EU DS-GVO und deren Anwendung in der hessischen Kommune“, womit die Anwesenden an die Thematik herangeführt wurden. Er wies darauf hin, dass die verbindliche und in jedem Mitgliedstaat unmittelbar geltende Grundverordnung einer bisher noch nicht abschließend erfolgten Ausgestaltung in Datenschutz-Landesgesetzen sowie Spezialgesetzen bedarf.

Der Justiziar des Heise-Verlages, Joerg Heidrich, brachte dann in seinem Vortrag „Der rechts-sichere Umgang mit Daten“ die IT-Sicherheit und den Datenschutz zusammen und konnte diesbezügliche Zusammenhänge im Wortlaut der DS-GVO belegen. Für die Datenübermittlung ins Ausland, insbesondere in die USA, musste der Referent eine ungewisse Zukunft für die aktuell zu Grunde liegende Privacy-Shield-Regelung feststellen.

„Die verschärften Regelungen der EU DS-GVO zur Auftrags(daten)verarbeitung“ waren dann das Thema von Datenschutzauditor Dirk Munker. Detailliertere Regelungen des Auftragsverhältnisses als zuvor zwischen Auftragsnehmer und Auftraggeber sind hieraus zu erwarten. Zudem werden Nachweise (Zertifikate, Audits usw.) in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Vielfältige Veränderungen

Nach der Mittagspause, die auch dem Erfahrungsaustausch der Datenschützer diente, setzte dann der Moderator der Veranstaltung, Axel

Saffran, mit seinem Vortrag zum Thema „Die Aufgaben des kommunalen Datenschutzbeauftragten vor und nach dem 25.05.2018“ die Teilnehmer darüber ins Bild, was von ihnen zukünftig auf Basis der DS-GVO gefordert wird und wie sich der kommunale Datenschutz auf die Veränderungen vorbereiten muss. Das Thema wird in Tagesseminaren im Dezember 2017 durch den Referenten vertieft werden. Weitere Termine 2018 sind nicht ausgeschlossen.

Den Abschluss des Tages gestaltete dann die Projektleiterin des EU DS-GVO-Projektes der ekom21, Almut Fuchs. Sie stellte das interne Projekt der ekom21 vor, damit die Kommunen möglicherweise ein Mustervorgehen für sich ableiten können. Die ekom21 sagte zu, ihre Kunden bei der Datenschutzdokumentation, der Fortbildung und der Gestaltung der Auftragsverarbeitungsverträge zu unterstützen – wenn auch der Datenschutz in der Kommune auch nur vor Ort dokumentiert werden kann.

Umfangreich mit Informationen versorgt konnten die Teilnehmer die Heimreise antreten. Das sehr positive Teilnehmerfeedback lässt auch eine große Resonanz für den 10. Hessischen kommunalen Datenschutztage 2018 in Wölfersheim erwarten, dann sicherlich wieder mit Beteiligung des Büros des Hessischen Datenschutzbeauftragten. Bis dahin werden die DS-GVO und das BDSG 2018 in Kraft getreten sein, Hessen wird ein Landesdatenschutzgesetz haben und die ersten Erfahrungen mit der neuen Rechtslage werden einen Schwerpunkt bilden.

Mehr zu den Terminen „Die EU DS-GVO und die Arbeit des DSB in hessischen Behörden“ erfahren Sie auf unserer Homepage unter „Seminare“.

Die Zukunft der Verwaltung

Redaktion und Gestaltung

Stefan Thomas
ekom21 – KGRZ Hessen | Geschäftsstelle Darmstadt
Robert-Bosch-Straße 13 | 64293 Darmstadt
E-Mail: redaktion@ekom21.de

Bildnachweis

ekom21, Stefan Thomas, Stadt Offenbach am Main,
Sergej Khackimullin / Fotolia,
Clemensfranz / Wikipedia, Claus Knobel,
Stadt Bad Hersfeld, Softplan Informatik,
Serhii – stock.adobe.com, Bernd Burkard

Layout und Druck

DRACH Print Media GmbH
Donnersberggring 22 | 64295 Darmstadt

Auflage

3.000 Exemplare (2017)

Anschriften

Sitz Gießen
Carlo-Mierendorff-Straße 11 | 35398 Gießen
Telefon: 06 41.9830-0 | Fax: 06 41.9830-2020

Geschäftsstelle Darmstadt
Robert-Bosch-Straße 13 | 64293 Darmstadt
Telefon: 06151.704-0 | Fax: 06151.704-2030

Geschäftsstelle Kassel
Knorrstraße 30 | 34134 Kassel
Telefon: 05 61.204-0 | Fax: 05 61.204-2010

Hinweis

e-info21 erscheint vierteljährlich und dient ausschließlich der Information. Gewährleistungsansprüche sind ausgeschlossen. Nahezu alle Produktbezeichnungen, die in dieser Publikation erwähnt werden, sind gleichzeitig eingetragene Warenzeichen und sollten als solche betrachtet werden.

Abdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. e-info21 wird ausschließlich aus umweltfreundlichen Materialien hergestellt. Dazu gehören die Verwendung von 50% Altpapier, 50% chlorfreiem Zellstoff und mineralölfreie Druckfarbe.

ekom21

ekom21 – KGRZ Hessen
Sitz Gießen:
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
www.ekom21.de